

Motorfluggruppe Regensburg e. V.

die Motorfluggruppe Regensburg e. V. erhebt und nutzt personenbezogene Daten ihrer Mitglieder und von Flugschülern ihrer Flugschule (ATO). Gemäß Datenschutzrecht sind wir zur Erteilung der folgenden Informationen verpflichtet. Mitglieder im Sinne dieser Erklärung sind alle Personen, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden, auch Flugschüler, ausgeschiedene Mitglieder, an einer Mitgliedschaft Interessierte und ggf. weitere Personen, deren Daten verarbeitet werden.

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Motorfluggruppe Regensburg e. V.
vertreten durch den Vorstand
Postfach 12 02 42
93024 Regensburg
E-Mail: vorstand@ednr.org

II. Allgemeines zur Datenverarbeitung

1. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet, Kategorie der verarbeiteten Daten

Wir verarbeiten (u.a. erheben, speichern und verwenden) die folgenden personenbezogenen Daten unserer Mitglieder:

- Name, Vorname, Geburtstag, Geschlecht, Foto
- Postanschrift, eine ggf. abweichende Meldeadresse, Telefonnummer(n), Emailadresse
- Bankverbindung, SEPA-Lastschriftmandat liegt vor (ja / nein)
- Art der Mitgliedschaft (Gastmitglied/stimmberechtigtes Mitglied/Fördermitglied/Flugschüler/Interessent)
- bei Inhabern einer Luftfahrtilizenz: Art der Lizenz, Lizenznummer, Ausstellungsdatum, Gültigkeitsdauer
- Ausstellungsdatum, Gültigkeitsdatum, Kategorie und etwaige Auflagen eines medizinischen Tauglichkeitszeugnisses
- bei Flugschülern: Beginn und ggf. Ende der Ausbildung, begonnene und beherrschte Übungen, abgelegte Prüfungen und alle weiteren im Ausbildungsnachweis vorgesehenen Angaben
- Namen der Piloten für die in den Bordbüchern der Luftfahrzeuge des Vereins erfassten Flüge

Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DS-GVO werden nicht verarbeitet.

2. Umfang und Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Erfüllung aller satzungsgemäßen Zwecke des Vereins, das sind insbesondere:

- Einladung der Mitglieder des Vereins zu Mitgliederversammlungen, Sitzungen und Veranstaltungen sowie Übersendung von Informationen über den Verein
- Information der Mitglieder über den Flugbetrieb und das Vereinsleben
- Information über sowie Abrechnung und Einziehung von Beiträgen und Rechnungsbeträgen
- Nachweis der gültigen Lizenzen und Flugberechtigung der aktiven Mitglieder
- bei Mitgliedern und Flugschülern, die sich in der Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz befinden: Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Dokumentation der Ausbildung, vgl. FCL.030

3. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten, berechtigtes Interesse

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Danach ist die Verarbeitung zulässig, wenn sie zur Wahrung eines berechtigten Interesses des Vereins und/oder der in dieser Erklärung genannter anderer Stellen erforderlich ist und dieses Interesse die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Mitgliedes überwiegt.

Das berechtigte Interesse des Vereins ergibt sich aus den in der Satzung genannten Zielen des Vereins, namentlich die Teilnahme der Mitglieder am Luftsport und die Förderung des Luftsports.

4. Dauer der Speicherung

Die Daten werden nur solange gespeichert und verarbeitet, wie es für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist beziehungsweise soweit uns gesetzliche Regelungen zur Aufbewahrung verpflichten. Sie werden sodann gelöscht.

5. Weitergabe an andere Stellen und Zweck der Weitergabe

5.1 Weitergabe an Luftfahrtbehörden

Bei Mitgliedern, die sich in der Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz befinden, werden die folgenden Daten an die für den Wohnsitz des Mitglieds oder Flugschülers zuständige Landesluftfahrtbehörde übermittelt:

- Name, Vorname, Geburtstag, Geschlecht

- Postanschrift, eine ggf. abweichende Meldeadresse, Telefonnummer, Emailadresse
- Art der Lizenz, deren Erwerb angestrebt wird
- Beginn und ggf. Ende der Ausbildung, begonnene und beherrschte Übungen, abgelegte Prüfungen und alle weiteren im Ausbildungsnachweis vorgesehenen Angaben.

Gesetzliche Grundlage für die Übermittlung und die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DS-GVO. Der Verein bzw. die Flugschule (ATO) sind verpflichtet, diese Daten über die in der Ausbildung befindlichen Personen zu erheben.

5.2 Weitergabe an Auftragsverarbeiter

Alle unter Ziffer II.1. genannten Daten können im Rahmen einer Auftragsverarbeitung an einen Auftragsverarbeiter weitergegeben werden, wenn mit diesem ein schriftlicher Vertrag zur Auftragsverarbeitung geschlossen wird, der die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzregeln sicherstellt.

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet die Daten ausschließlich im Auftrag und nach Weisung des Verantwortlichen.

6. Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Die Erfassung der Daten ist zur Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke des Vereins zwingend erforderlich. Es besteht folglich seitens des Mitgliedes keine Widerspruchsmöglichkeit.

III. Weitere Informationen und Rechte der Mitglieder und Flugschüler

1. Automatisierte Entscheidungsfindung, Datenübermittlung in Nicht-EU-Staaten

Die Daten werden nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung verwendet. Eine Datenübermittlung an Stellen außerhalb der Europäischen Union findet nicht statt.

2. Auskunftsrecht

Mitglieder können vom Vorstand eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die sie betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können sie vom Verantwortlichen alle in dieser Datenschutzerklärung enthaltenen Informationen verlangen. Ferner können sie folgende Auskünfte verlangen:

- Empfänger, gegenüber denen die sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden.

Mitgliedern steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

3. Recht auf Berichtigung

Mitglieder haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung, sofern die sie betreffenden personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Mitglieder die Einschränkung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- Wenn sie die Richtigkeit der sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- wenn sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber den Gründen des Mitgliedes und Flugschülers überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der das Mitglied betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung des Mitgliedes oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, wird das Mitglied von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

5. Recht auf Löschung

5.1 Löschungspflicht

Mitglieder können in folgenden Fällen von dem Verantwortlichen verlangen, dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden:

- Die betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Das Mitglied legt gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder es wird gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

5.2 Information an Dritte

Hat der Verantwortliche (entgegen den Angaben in dieser Datenschutzerklärung) personenbezogene Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass die betroffene Person die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.

5.3 Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist:

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

6. Recht auf Unterrichtung

Wurde das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Das Mitglied ist über diese Empfänger zu unterrichten.

7. Widerspruchsrecht aufgrund besonderer Situation

Mitglieder haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Mitgliedes überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht dem Mitglied das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat seines Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn es der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.